

# **NIEDERSCHRIFT**

über die

## **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011

im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr**

Zur heutigen Sitzung sind die Mitglieder des Kreistages ordnungsgemäß geladen.

**Kreisrat Gerhard E c k, Donnersdorf,  
Kreisrat Wolfgang G u t g e s e l l, Wasserlosen,  
Kreisrat Jochen H a r t, Bergheinfeld,  
Kreisrätin Irmagard K r a m m e r, Gerolzhofen,  
Kreisrat Robert W ä c h t e r, Gerolzhofen,**

sowie

**Kreisrätin Dr. Anja W e i s g e r b e r, Schwebheim,**

fehlen entschuldigt.

# TAGESORDNUNG

## Öffentliche Sitzung

- TOP 1: Haushaltssatzung 2011 mit Behandlung von Einzelanträgen  
- Antrag Fraktion Bündnis90/Grüne zur Nichtanrechnung Frauenhauszuschuss  
-
- TOP 2: Mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm
- TOP 3: Stellenpläne für das Haushaltsjahr 2011
- TOP 4: Sondervermögen mit Sonderrechnung:
- TOP 5: Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2008 und Erteilung der Entlastung
- TOP 6: Antrag der Kreistagsgruppe der LINKEN auf Erarbeitung eines langfristiges Klimaschutz- und Energiekonzept für den Landkreis Schweinfurt
- TOP 7: Photovoltaik  
a) Antrag der Fraktion Bündnis90/Grüne zur Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Derleth Realschule GEO im Zuge der Umbau und Sanierungsmaßnahme  
b) Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Eigenstromproduktion durch den Landkreis mittels Photovoltaik
- TOP 8: Antrag der Fraktion der Freien Wähler zum Ratsinformationssystem
- TOP 9: Verschiedenes

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011

im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beschluß-Nr. 140-144**

Abstimmungsergebnis:

1. Einzelantrag Frauenhaus	21 : 33
2. Haushaltssatzung	48 : 6
3. Finanzplan	52 : 2
4. Stellenpläne	52 : 2
5. Wirtschaftspläne	54 : 0

**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 mit Behandlung von Einzelanträgen; Mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2010 – 2014; Stellenpläne des Landkreises für das Haushaltsjahr 2011; Sondervermögen mit Sonderrechnung sowie Wirtschaftspläne**

### **SACHVERHALT und DISKUSSION**

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes bittet der Vorsitzende, die Tagesordnungspunkte 1 bis 4 der nichtöffentlichen Sitzung gemeinsam zu behandeln, da diese im Sachzusammenhang stehen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Vorsitzende trägt seine Rede zum Haushalt vor, die diesem Protokoll beigelegt ist. Als Teil seiner allgemeinen Ausführungen nimmt er ausführlich zu den Äußerungen von DGB/verdi zu den Servicegesellschaften am Kreisaltenheim und der GEOMED Stellung. Auch diese Stellungnahme ist dem Protokoll beigelegt.

Anschließend erläutert Kreiskämmerer Schraut die Eckdaten des Haushalts. Er bedankt sich für die Möglichkeit, auch in diesem Jahr die Zahlen und Inhalte des Haushaltsentwurfes bereits in den Fraktionen und Gruppen vorstellen zu können. Hierdurch konnten bereits im Vorfeld Fragen und offene Punkte abgearbeitet werden.

Anschließend nehmen die Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen Stellung.

Fraktionsvorsitzender Arnold äußert, das dem Grunde nach durch den Vorsitzenden und den Kreiskämmerer alles gesagt wurde und eigentlich keine Fragen offen bleiben dürften. Trotzdem möchte er einige Anmerkungen hierzu machen. Der Landkreis hat solide Finanzen, da und dort etwas angespannt, aber das war in den Haushaltsberatungen in den zurückliegenden Jahre immer so. Es ist erstaunlich, wie es die Kreiskämmerei immer wieder schafft, den ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, obwohl doch immer wieder ganz beträchtliche Investitionen aufgebracht werden müssen.

2011 ist es der fünfte „Doppische Haushalt“. Die Belastungen über die Kreisumlage an die Gemeinden sind in der Zusammenschau immer erträglich organisiert worden. Fraktionsvorsitzender Arnold stellt fest, dass die Finanzkraft den Gemeinden erhalten bleiben muss, um anstehende gemeindliche Investitionen auch vornehmen zu können. Gerade im vergangenen Jahr war das sehr wichtig. Viele begonnen gemeindlichen Projekte, Konjunkturpaket-Maßnahmen reichen noch in dieses Haushaltsjahr und müssen abgeschlossen werden.

Fraktionsvorsitzender Arnold benennt nochmals einige wesentliche Entscheidungen der zurückliegenden Jahre und möchte dabei vergegenwärtigen, dass der Landkreis sich für die Zukunft gut aufgestellt hat.

Die gemeinsame Sparkasse für Stadt und Landkreis Schweinfurt. Der Kreistag kann sich noch gut an die schwierigen Verhandlungen und Szenarien erinnern, die auch ein anderes Ende hätten nehmen können. Heute ist die gemeinsame Sparkasse eine selbstverständliche gemeinsame Einrichtung. Die Fusion beider Häuser war und ist für die Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraums absolut notwendig.

360° Touristinformation Schweinfurt, Tourismus rund um Stadt und Land. Ein gemeinsamer Zweckverband engagiert sich erfolgreich für die touristische Entwicklung in Stadt und Landkreis Schweinfurt. Gästeführer, Elektrofahrräder, Vernetzungen von Stadt und Landprodukten, Beratungen, usw. sind nur einige Stichworte die in diesem Zusammenhang einfallen.

Wesentliche organisatorische Entscheidungen im vergangenen Jahr wirken sich in den zukünftigen Kreishaushalten nachhaltig aus und stärken die Investitionskraft des Landkreises. Der Trägerwechsel der Altenpflegeschule am BS Zentrum Alfons Goppel, die Entscheidungen in der GeoMed Klinik Gerolzhofen und im Kreisalten- und Pflegeheim Werneck führen zu Verbesserungen im diesjährigen Haushalt von ca. 1 Mio €. Die CSU Fraktion steht selbstverständlich zu diesen Einrichtungen der sozialen Versorgung in Krankheit und im Alter. Der Landkreis wird auch zukünftig seiner sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern gerecht werden. Alle nötigen Veränderungen haben letztendlich ihre Ursache auch im Wettbe-

werb verschiedener Anbieter in diesen sozialen Aufgabenstellungen. Neben den Erfordernissen der eigenen Wirtschaftlichkeit - muss der Eigenanteil eines Pflegeplatzes, von den Betroffenen selbst oder von den Angehörigen, eben noch bezahlbar sein.

Vor dem Landkreis liegen in diesem Jahr wichtige Weichenstellungen im schulischen Bereich. Da ist zunächst der neue Realschulstandort in Schonungen. Eine für den Landkreis zielführende Entscheidung, die nicht nur dadurch Sinn macht, weil der zusätzliche Bedarf an Schulräumen durch einen frei werdenden Bestand abgedeckt werden kann, sondern einen Realschulstandort im Landkreis für Landkreisschüler ortsnah anbietet. In diesem Jahr kommen auf die Entscheidungsgremien auch die Entwicklungen an der FOS/BOS zu. Uneingeschränkt unterstützen die CSU-Fraktion dabei den Vorsitzenden in seinen Überlegungen, den dringend nötigen Platzbedarf ebenfalls in einer stadtnahen Landkreisgemeinde zu organisieren. Da gibt es ausreichend ordentliche Schulräume, die bestens für die FOS geeignet sind.

Die Mitglieder des Kreistags sind sich einig, dass die Abfallwirtschaft des Landkreises beispielhaft ist. Da und dort gibt es immer wieder Anregungen im System, die von den Verantwortlichen zuverlässig bearbeitet werden. Die Weiterentwicklung an die Erfordernisse unserer modernen Gesellschaft bleibt auf der Agenda der CSU-Fraktion. Die diesjährigen Investitionen am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle mit der Errichtung eines Wertstoffhofes sind dringend geboten, hierdurch wird den Anforderungen unserer Landkreisbevölkerung gerecht.

Es wurden im Landkreis, im Schweinfurter Land einige hervorragende Einrichtungen geschaffen z. B. das Gipszentrum in Sulzheim, das Literaturhaus in Wipfeld und das Bildstockzentrum in Egenhausen. Mit Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit in den jeweiligen kommunalen Allianzen, gemeinsam mit dem Landkreis für die gesamte Region Schweinfurter Land, wurde bereits viel bewegt. Regionalmanagement und die LAG SW-Land sind auf einem guten Weg. Zur Zeit werden wichtige zukunftsweisende Projekte entwickelt und voran gebracht. Es werden Konzepte erarbeitet und besprochen. Finanzierungen vorbereitet und Fördermittel für unterschiedlichste Projektträger in unsere Region organisiert. Einige Zukunftsprojekte, die derzeit auf den unterschiedlichen Ebenen im Landkreis angegangen will Fraktionsvorsitzender Arnold ansprechen und deutlich machen, dass die CSU-Fraktion das Engagement unterstützt:

Genannt seien hier ein mögliches Nachhaltigkeitszentrum Steigerwald, die Projekte am Ellertshäuser See der Marktgemeinde Stadtlauringen im SW-Oberland, die Touristinfo 360° und eine Kulturakademie SW-Land. Weiterhin die Weiterentwicklung der Freilichtbühne des Passionsspielortes Sömmersdorf. Unterschiedlichste Akteure, wie es so schön heißt, arbei-

ten gemäß dem Leitbild des Schweinfurter Landes dabei zusammen und gestalten Zukunft. Die CSU Fraktion steht hinter diesen Zukunftsprojekten.

Die Umlagekraft zu 2010 ist in 2011 von 90,17 Mio € auf 87,54 Mio € zurückgegangen. Trotz gleichem Hebesatz von 46% erhält der Kreishaushalt 1,2 Mio. € weniger Einnahmen aus der Kreisumlage von den Landkreisingemeinden. Dennoch ist der Landkreis in der Lage seine Aufgabenstellung im Investiven Bereich zu erfüllen. Ohne Kreditaufnahme, aber auf Kosten der Liquidität. Er muss sich zwangsläufig der Rücklagen bedienen. Fraktionsvorsitzender Arnold zählt eine Reihe von wichtigen Investitionen auf, die sich auf rund 9,9 Mio € summieren. Dieser Betrag investiert der Landkreis in Schulen, in Abfallwirtschaft und in Straßen, davon alleine 5,75 Mio €. in Schulen. Weitere kostenintensive Sanierungsmaßnahmen unserer Schulen stehen uns mittelfristig bevor, nach Schätzungen sind dies 15 -20 Mio € bis 2020.

Fraktionsvorsitzender Arnold kann feststellen, dass der Landkreis Schweinfurt mit diesem Haushalt belegt, dass durch rechtzeitige Entscheidungen die Investitionskraft erhalten wurde und er einen absoluten Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit, den größten Teil seiner Investitionskraft in den Bildungsbereich steckt und damit in die Zukunft seiner Kinder investiert

Die CSU – Kreistagsfraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt 2011 selbstverständlich zu.

Für die SPD äußert Fraktionsvorsitzender Bräuer, der vorliegende Haushalt 2011 sei wiederum ein Spiegelbild der aktuellen finanziellen Situation des Landkreises. Auch geben die investiven Vorhaben einen guten Überblick über die innovative Kraft in gesellschaftlicher, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Anhand von 2 Zahlen aus der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit lässt sich die finanzielle Situation des Landkreises 2011 umfassend bewerten:

1. Überschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit Ansatz 2011 4,401 Mio €  
-> zu beachten ist Ansatz im Haushalt 2010 für 2011 581Tsd.€
2. Ordentliche Tilgung von Krediten Ansatz 2011 14,365 Mio €  
-> zu beachten ist Ansatz im Haushalt 2010 für 2011 855Tsd.€

Wer nun der Meinung verfallen würde, dieses sehr gute Ergebnis lässt sich nur durch radikale Kürzungen im Verwaltungsbereich und Investitionsbereich erreichen, der irrt. Der Haushalt 2011 hat eine solide Basis, orientiert sich an realistischen Annahmen, führt den investiven Bereich zeitnah fort und findet deshalb die Zustimmung der SPD-Fraktion. Die Arbeit der SPD-Fraktion mag, wie immer wieder einmal von Zeitgenossen als nicht plakativ genug im Sinne von Effekthascherei, erscheinen; dennoch nimmt Fraktionsvorsitzender Bräuer für seine Fraktion in Anspruch ein zuverlässiger Sachwalter aller Bürgerinnen und Bürger zu sein,

der auf gesicherter wirtschaftlicher Basis für Soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage gleichwertiger Lebensbedingungen sein Tun ausrichtet.

Fraktionsvorsitzender Bräuer hat jedoch auch einige grundsätzliche Anmerkungen:

Zur Entwicklung der Steuer- und Umlagekraft ist festzustellen, daß die gute Entwicklung, die im letzten Jahr erstmals festgestellt werden konnte, sich auch 2011 noch einmal positiv fortsetzt. Bei der Steuerkraft liegt der Landkreis Schweinfurt nun in Bayern auf Platz 35, also in Mitten aller Landkreise, und auf Platz 3 in Unterfranken. Hier nahm der Landkreis 2009 noch Rang 54 bzw. 7 ein. Dennoch übersieht der kundige Beobachter nicht, dass diese gute Platzierung gegenüber den Vorjahren relativiert wird beim Vergleich mit den tatsächlichen Einnahmen je Einwohner. Mit Platz 3 in Unterfranken darf sich jeder Bürger im Landkreis Schweinfurt einen realen Steuerbetrag von 632 € gutschreiben, während der Durchschnitt in Bayern 786 € für sich verbuchen kann. Angesichts dieser aktuellen Zahlen, die sicher auch dem sogen. Zukunftsrat bekannt waren, hätte man diesem durchgegeistigten fern aller Realität dozierenden Akademikern (mit und ohne Dr.- Titel) mehr Sensibilität für die Lebenswirklichkeit in Bayern gewünscht. Die napoleonische Gebietsreform gerät nach 200 Jahren erstmals wieder ernsthaft ins Wanken. Die SPD-Fraktion wünscht sich jedenfalls weniger abgehobene Wissenschaftlichkeit, sondern ganz einfach mehr gesunden Menschenverstand. Der Zukunftsplan möge im Reißwolf landen.

Der Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wächst weiter. Der Landkreis finanziert netto den Betrag von 4,358 Mio € bzw. je Landkreisbürger 38 €. Die SPD unterstützt mit Nachdruck die Forderung aller bayer. Kommunalen Spitzenverbände an den Freistaat auf höhere staatliche Beteiligung. Der Bereich der Jugendhilfe ist längst aus der kommunalen Dimension herausgewachsen. Dieses Gesamtgesellschaftsproblem ist höchste Staatsaufgabe und sollte endlich als solche vom Freistaat und vom Bund in Form von höherer Kostenbeteiligung anerkannt werden. Die dringend notwendige eigenständige Schulsozialarbeit ist Sache des Kultusministeriums und vom Freistaat zu 100 % zu finanzieren. Diese sozialpädagogische Grundkompetenz können weder die Lehrer noch die kommunale Jugendhilfe leisten. Landkreisinitiativen werden von der SPD unterstützt.

Aus der Arbeitsgemeinschaft für Empfänger nach SGB XI ist nun das Jobcenter geworden. Bezüglich einer totalen Übernahme durch den Landkreis verweist Fraktionsvorsitzender Bräuer auf heftige kontroverse Diskussionen im vergangenen Jahr. Die Entscheidung, die bewährte gemeinsame Aufgabenerledigung von Agentur und Landkreis beizubehalten, war und ist aus seiner Sicht richtig und sinnvoll. Voraussichtlich wird in diesem Jahr der Nettoaufwand des Landkreises um 550 Tsd. € sinken. Ohne Zweifel, eine Bestätigung für die verbesserte Arbeitsmarktsituation, aber auch für die engagierte Arbeit der Arbeitsgemeinschaft.

Die Überführung von gut 800 Empfängern von SGB XI in den ersten Arbeitsmarkt hat für viele Menschen die Lebensperspektive deutlich verbessert. Alle, die hieran mitgewirkt haben, können sich darüber freuen und auch etwas stolz sein.

In den letzten 10 Jahren hat der Landkreis mit ca. 4000 Einwohner eine Gemeinde beachtlicher Größe verloren. (117.000 abgeschmolzen auf 113.000) Die Feststellungen im Rahmen des Gesamtpolitischen Seniorenkonzeptes haben mit bestürzender Deutlichkeit die Ursachen aufgezeigt. Nicht die Senioren fehlen künftig – der Landkreis leidet zunehmend an Kinderschwund. Die freiheitliche gesellschaftliche Entwicklung der letzten 50 Jahre hat das Bewusstsein vieler junger Menschen verändert. Zweisamkeit ist nach wie vor angenehm und schön; staatlich sanktionierte Bindung in Form der Eheschließung muss nicht unbedingt sein, ob Mann oder Frau, viele streben nach eigener wirtschaftlicher Unabhängigkeit, die häufig auch nach Kindersegen nicht aufgegeben werden soll. Diese Tatsachen hat die Politik bisher nur ansatzweise beachtet. Der Landkreis muß die Veränderung der Verhaltensweisen berücksichtigen und seine Zuständigkeiten danach ausrichten. Vielfach wird hierfür die enge Zusammenarbeit mit den Landkreisgemeinden notwendig sein. Jungen Menschen müssen familiengerechte Einrichtungen angeboten werden, die dem vorhandenen Wunsch zur Familiengründung erleichtern. Dazu gehören Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen.

Hände weg von der kommunalen Abfallentsorgung, so die Forderung der SPD-Fraktion. Die Qualität, die Versorgungssicherheit und nicht zuletzt der günstige Preis der kommunalen Abfallentsorgung sind gefährdet. Die Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf Bundesebene ist geeignet, die krisensichere, hochwertige und kostengünstige Entsorgung zu zerstören. Der marktliberal geprägte Entwurf weist den Kommunen die Rolle eines Lückenbüßers zu. Gewerbliche Sammlungen von ausgewählten lukrativen Rohstoffen würden nur den privaten Entsorgungsunternehmen nutzen, nicht aber den Bürgern. Deshalb ist die vom Kreisausschuss gefasste Resolution im Sinne der SPD und wird nachdrücklich unterstützt. Der weitere Werdegang der Bundesinitiative muss aber hellwach begleitet werden. Fraktionsvorsitzender Bräuer fordert den Vorsitzenden auf, zeitnah über evtl. Änderungen zu unterrichten.

Die Kreistagsfraktion der SPD will die Geomed-Klinik als Krankenhaus der Grundversorgung mit einem Einzugsgebiet von ca. 40.000 Einwohner unbedingt erhalten. Trotz verschiedener Bemühungen muss aus unserer Sicht zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit die Zusammenarbeit von Krankenhaus und niedergelassenen Praxen auf regionaler und lokaler Ebene verbessert werden. Persönliche Gespräche unter Mitwirkung der Kassenärztlichen Vereinigung und der Landkreisführung sind zielführend. Auch ist eine bessere Kooperation von gemeinsamen Weiterbildungsverbänden anzustreben. Gemeinsame Fallkonferenzen von Kli-

nik- und Praxisärzten sollen das Überleitungsmanagement der Patienten verbessern. Der Ausbau der telemedizinischen Anwendung stärkt ebenfalls die wohnortnahe Versorgung.

Trotz massiver Verschlechterungen im Haushalt gegenüber dem Vorjahr z.B. bei den Schlüsselzuweisungen, der Bezirksumlage, der Jugendhilfe und der Versorgungsumlage für die Landkreismitarbeiter von zusammen 3,242 Mio € und einer dagegen stehenden Verbesserung von jedoch nur 2,525 Mio € steht ein respektables Investitionsvolumen auf dem Programm. Volle Unterstützung erfährt dieses Programm, enthält es doch im wesentlichen Investitionen die ganz im Sinne sozialdemokratischer Politik sind. Nennen will Fraktionsvorsitzender Bräuer an dieser Stelle die umfangreichen Baumaßnahmen an den weiterführenden Schulen und den Kreisstraßen. Zusammengefasst bleibt festzustellen, daß Neuinvestitionen und Ermächtigungen aus dem Vorjahr eine Summe von ca. 12 Mio €, wobei ca. 9 Mio € Eigenmittel des Landkreises notwendig werden.

Eingangs hat Fraktionsvorsitzender Bräuer erwähnt, dass der Haushalt ohne Neuverschuldung und mit einer respektablen Kredittilgung aufgestellt ist. Bei etwas leichtfertiger Betrachtung könnte man meinen, anstelle der hohen Schuldentilgung könnte ein Teil hiervon zur Senkung der Kreisumlage zu Gunsten der Gemeinden herangezogen werden. Ohne Blick auf die weitere Finanzplanung ist dies durchaus legitim, allerdings berücksichtigt man heute jedoch bereits, dass ab 2014 und Folgejahre noch einmal für weitere Schulsanierungen ca. 23 Mio € aufgewandt werden muß. Um dies schultern zu können, braucht es einen geringeren Schuldenstand als heute. Die Festsetzung der Kreisumlage auf 46 Punkte hält die SPD-Fraktion unter diesen Umständen für richtig. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinden auch heute bereits die Höhe der Kreisumlage für 2012 kennen und verlässlich planen können. Die SPD-Fraktion wird an dieser Vorhersage auch festhalten.

Fraktionsvorsitzender Seifert gibt für die Freien Wähler deren Stellungnahme ab. Allgemeinplätze, Bundes-, Landes- oder globale Finanzpolitik erspart er sondern möchte kurz und prägnant seine Feststellungen treffen und die Meinungen Anderer nicht kommentieren, die FW akzeptieren andere Meinungen. Als wichtigste Aussage vorneweg äußert er, daß die FW-Fraktion dem Haushalt 2011 des Landkreises im Gesamten zustimmt, auch wenn beim einen oder anderen Ansatz unterschiedliche Auffassungen festzustellen sind - entscheidend ist das Gesamtpaket im Wesentlichen. Die Schwerpunkte - Gebäude- und Straßenunterhalt sind, richtig, denn diese erhalten das Landkreisvermögen. Diese sinnvollen Investitionen bei Schulen und deren baulichen Erhalt sind Investitionen auch in die Jugend.

Einige grundsätzliche Anmerkungen aus Sicht der FW-Fraktion möchte Fraktionsvorsitzender Seifert doch äußern. Die Senkung der Kreisumlage 2009 von 45,8 auf 45 Punkte erfolgte

mit Zustimmung. Trotz Senkung hat sich jedoch in den Folgejahren ein stattlicher Überschuss ergeben. Für den Haushalt 2010 wurde die Kreisumlage auf 46 Punkte erhöht – die FW haben hiergegen gestimmt. Nun habe man vernehmen müssen, daß wieder stattliche Überschüsse erwirtschaftet wurden. Wenige Kommunen in den letzten beiden Krisenjahren waren in dieser glücklichen Situation.

Der Vorschlag der FW aus dem vergangenen Jahr, Budgets um 10 % zu reduzieren (Gießkanne) wurde damals mit den Argumenten „uneffektiv + nicht machbar“ abgewehrt. Der Kreiskämmerer vermeldet nun 5 % freiwillig in Teilen. Fraktionsvorsitzender Seifert lobt hier ausdrücklich Herrn Schraut und dankt den verantwortlichen Budgetverwaltern. Wenn die Politik will, weil notwendig, lebt der Landkreis auch mit 10 % weniger weiter.

Fraktionsvorsitzender Seifert nennt den Vorbericht zum Haushalt. Hier wird aufgezählt, daß die Verschuldung des Landkreis im Landesdurchschnitt, die Verschuldung Kommunen im Landesdurchschnitt sei. Dies ist seiner Meinung nach politische Augenwischerei. Die Gemeindeverschuldung pro Einwohner ist im Schnitt mehr als doppelt so hoch wie Landkreis pro Einwohner.

Die FW-Fraktion wird HH-Jahr 2011 kritisch begleiten. Die freiwillige Leistung KAPH Werneck ist bislang eine „Sparbüchse“, die optimistischen Prognosen in "Gottes Ohr". Die Pflichtaufgabe Geomed-Klinik ist ebenfalls eine Sparbüchse, Der Antrag der FW (den Fraktionen bekannt) wurde vorerst einvernehmlich zurückgenommen, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Allerdings muß 2012 eine Entscheidung fallen – wenn Bürger und niedergelassenen Ärzte in und um GEO die Chance und den Standortvorteil nicht sehen.

Abschließend und zusammenfassend äußert Fraktionsvorsitzender Seifert nochmals zum Haushalt 011. Schwerpunkte sind baulicher Werterhalt, Kinder und Jugend, Senioren. Wesentliche finanzielle Ansätze für Lebens- und Wohnqualität im Landkreis Schweinfurt ergänzend und im Einklang mit den umlagezahlenden Kommunen. Beispiel FOS/BOS und Realschule in Schonungen als neue Herausforderungen sowie das Seniorenpolitische Gesamtkonzept. Ob die Rahmenbedingungen noch zeitgemäß bzw. zukunftsweisend sind, zeigen der Jugendhilfeplan und u.a. auch der Pflegebedarfsplan. Eine entsprechende Anfrage über die Aktualität hat die FW-Fraktion an die Verwaltung gerichtet. Der Dank der FW-Fraktion gebührt dem Vorsitzenden für die bei den Haushalt-Beratungen offene Informationspolitik und hätte diese gerne bei anderen Themen auch. Der Dank gilt auch Kreiskämmerer Schraut für große Qualität, Gelduld, Offenheit und beratende Begleitung.

Fraktionssprecher Rachle lobt für die Vorlage eines soliden und transparenten Haushaltsentwurfs für 2011. Für diese auch finanztechnisch ordentliche Leistung dankt er auch im Namen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, die versucht haben den Haushalts-Satzungsentwurf auf die Themen - Nachhaltigkeit, demographischer Wandel und Stärkung des ländlichen Raums - abzuprüfen.

Die Bezirksumlage steigt von 16,1% auf 18,5% das bedeutet der Landkreis muss ca. 1,6Mio. €mehr an den Bezirk Ufra. überweisen, das bedeutet ebenfalls eine Schwächung für den Landkreis. Die etwa 0,6 Mio. € weniger an Schlüsselzuweisung bedeuten eine Schwächung für den ländlichen Raum. Die Kreisumlage bleibt mit 46% stabil, das ist gut, da bei den Gemeinden etwas mehr an Finanzmasse verbleibt. Dies ist eine nachhaltige Wirkung, verbunden mit einer Stärkung für die Gemeinden, d.h. Stärkung des ländlichen Raums. Der Umstand der gleichbleibenden Kreisumlage bedeutet, daß hier den Gemeinden der größtmögliche Entscheidungsspielraum zu gewähren ist. B90/Grüne sind der Meinung, dass die Gemeinden am besten wissen, wo das Geld gebraucht wird.

Der ländliche Raum muß gestärkt wird und weiterhin eine Zukunft bekommt, alle Initiativen zur Stärkung werden von uns unterstützt. So geht auch das Leader Projekt Netzwerk Forst und Holz in Unterfranken" voll in die richtige Richtung. Mit einem relativ geringen Finanzeinsatz, mit 60% Förderung bei einer Leader - Kooperation, werden für 3 Jahre 1,5 Vollzeitstellen im Netzwerkmanagement geschaffen. Hier wird Holz, ein CO2 neutraler Rohstoff (natürl. Bau- u. Werkstoff, nachwachsender Energieträger) aus der Region vermarktet. Das bedeutet regionale nachhaltige Wertschöpfung und Stärkung des ländlichen Raums.

Die Gründung eines Pflegestützpunktes für pflegende Angehörige gemeinsam mit der Stadt SW mit einem Aufwand von 5.000,00 € ist richtig und gut, die notwendige Antwort auf den demographischen Wandel. B90/ Grünen sind jedoch der Meinung, dass der Ort der Beratung rotieren sollte, zumindest auch in den landkreisweiten Allianzen, denn das ist ein Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes und eine aktive Antwort auf dem demographischen Wandel.

Die Netto-Investitionen von ca. 5,1 Mio. € die heuer getätigt werden können, sind Investitionen hauptsächlich in die Bildung, so die Generalsanierung der Derleth-Realschule in GEO und eine Außenstelle der Realschule in Schonungen, ein weiterer Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums und das ist grundsätzlich gut so. Für die des beruflichen Bildungswesens der BOS/FOS (zweiter Bildungsweg) waren in 2007 eine .Mio. € eingestellt. Fraktionssprecher Rachle fragt nach der Verwendung dieser Gelder. Es hat sich hier seit damals nichts getan, außer dass die Raumnot noch größer geworden ist und dass der Vorsitzende unnötig

Zeit verstreichen ließ über die Frage wer aktueller Vorsitzender und wer Stellvertreter des BOS/FOS Schulzweckverbandes ist. In der BOSIFOS des Zweckverband Stadt/Land Schweinfurt mussten im Schuljahr 2010/11 seit September 2010 die 11 'ten Klassen im Zweischichtbetrieb beschult werden - das ist sehr bedauerlich, für die Schüler, und auch für die Lehrer/Innen. Es bleibt zum Wohle der Jugend und der Lehrer/Innen zu hoffen, dass Vernunft bei den Verantwortlichen der "Hochschulstadt" Schweinfurt einkehrt und endlich eine vernünftige Lösung zur Schulraumproblematik gefunden wird.

Eine Busfahrt nach Dittelbrunn könnte/wäre hier sicher hilfreich was die Suche nach einen geeigneten Schulstandort für die BOSIFOS betrifft, sein. Die Wahl für einen Schulstandort in Dittelbrunn, wäre sicher nachhaltig und auch eine Stärkung für den ländlichen Raum. Die Sanierung der Ludwig-Derleth Realschule in Gerolzhofen, ist die nächste große Hausaufgabe, die zum Wohle der Schüler gemeistert werden muß, die notwendigen Mittel sind im HH eingestellt, ein besonderer Antrag zur Nutzung von Photovoltaik im Rahmen der Sanierung liegt vor.

Bei ÖPNV muss unbedingt Bewegung in die kommunale Landkreis Politik kommen. So wurde still und heimlich wurde die Rufbedarfs-Taxilinie Kleinhenz von Schweinfurt nach Donnersdorf eingestellt, der Landkreis wollte diese nicht abschaffen, hat sich den Linienbetreiber der Fa. Kleinhenz gebeugt, schlecht für den ländlichen Raum und die Betroffenen, denn die kommen nach 19.00 nicht mehr von Schweinfurt nach Hause. Ein zukunftsweisender ÖPNV für den Landkreis mit einem gemeinsamen Verkehrsverbund, einem gemeinsamen Tarif (Wabentarif), ein gemeinsames Ticket.

Der gemeinsame Tourismus-Service Schweinfurt 360 Grad ist eine gemeinsame und gute Einrichtung für die Region Schweinfurt und im Grunde auch eine Stärkung für den ländlichen Raum. Aber solange der Atommeiler des "KKG" mit seinen dampfpendenden Kühltürmen als stetes Mahnmal die Landschaft prägen (die aber in keinen Tourismusprospekt auftauchen), das AKW Grafenrheinfeld wird aber sehr wohl von vielen Touristen registriert. Obwohl ein auffälliger Riss im Rohr des .Primärkreislauf ist, das seit Jahren bekannt ist und seit Juli 2010 als signifikant bemerkt und registriert wurde, aber erst zur nächsten Revision in diesem Jahr im März 2011 ausgetauscht werden soll. Die Kreistagsfraktion von B90/Grüne finden dies ist schlicht ungeheuerlich, wenn Bürger/Innen ON ausgeliefert sind. Auf jeden Fall sind diese Umstände schlecht für Alle im Landkreis, weil die Landkreisbevölkerung nicht ernst genommen wird, was schlussendlich den Menschen in unseren ländlichen Raum schlecht bekommt. Alle gut gemeinten Aktivitäten laufen ins Leere, denn für viele Touristen steht in Verbindung mit Schweinfurt, das Nummernschildkürzel "SW" für "schnell weg" oder "schnell weiter", auch das ist schlecht für unseren ländlichen Raum.

Die zukünftigen Aufgaben im ländlichen Raum, sind die Bewältigung des demographischen Wandels, die Stärkung des ländlichen Raumes. Man darf diese Aufgabe nicht primär als Problem betrachten, sondern sie als eine Herausforderung ansehen. Diese Herausforderung sollte der Kreistag fraktionsübergreifend und gemeinsam für den Landkreis und seine Bevölkerung angehen, denn nur gemeinsam können alle stark sein.

Das Abstimmungsverhalten macht Fraktionssprecher Rachle von der Behandlung des Einzelantrages abhängig.

Kreisrat Schröder äußert für die Gruppierung von den LINKEN, den Haushalt in seiner Gesamtheit abzulehnen. Einer der Hauptgründe warum die LINKEN diesen Haushalt ablehnen ist, dass auf der einen Seite sich die wirtschaftliche Entwicklung deutlich besser darstellt als es die Planung vorgesehen hat, aber zum anderen „Servicegesellschaften“ gegründet werden, die nur einen Zweck haben: Kosten zu sparen – und das auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Dies ist nach Ansicht der LINKEN falsch und weder für die Beschäftigten in der GEOMED-Klinik und besonders nicht für die Beschäftigten des KAPH in Werneck nachvollziehbar.

Geld ist da, dass KAPH steht finanziell gut da, 90% der Bevölkerung sind gegen Leiharbeit. Auch der unsägliche Vorgang mit der Kürzung der Mittel für das Frauenhaus ist ein Grund für die Ablehnung. Es geht um ca. 1200.-- €. Kreisrat Schröder fragt den Kreistag, ob dieser sich mitschuldig an einer möglichen Schließung einer solch wichtigen Einrichtung machen will. Die LINKEN werden sicherlich nicht mitmachen. Kreisrat Schröder verweist auf die Seiten 178 und 179 anschauen, hier sind z. B. zwei Verbände aufgeführt, die mit Ihren Aufgaben ganze Seiten füllen. Nämlich der „Paritätischer Wohlfahrtsverband und die Arbeiterwohlfahrt“. Nur bekommen einer der beiden gerade mal soviel wie der Nordbayrische Musikbund (Seite 175), der andere nicht einmal die Hälfte!

Die LINKEN finden die Förderung von Kultur wichtig. Nur sollte die Versorgung der Senioren/-innen mit Essen auf Rädern mehr wert sein als die Weiterbildung und Förderung des Kreisblasorchesters Schweinfurt. Die LINKEN lehnen auch deshalb diesen Haushalt ab, da nach deren Meinung nach viel mehr Luft für Ausgaben für die Menschen unseres Landkreises da wären. Mehr Geld in Prävention zu stecken, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Kreisrat Schröder zählt Beispiele auf:

- GEOMED – Statt über die Kosten zu klagen, sollte der Kreistag entscheiden, dass wir auch weiterhin unseren Bürgern diese Möglichkeit bieten. Der Landkreis kann es sich leisten. Statt

immer nach „Privatisierung“ zu rufen, wäre es evtl. sinnvoll über eine noch bessere Werbestrategie nachdenken

- ÖPNV - Statt die Fahrpreise immer zu erhöhen, evtl. wäre nachzu denken das bei billigeren Preisen und besseren Fahrplänen die Bürger mehr Bus fahren würden. Die Anbindung an die Stadt, wird immer entscheidender bei der Frage: „Wo lasse ich mich nieder?“ Im Moment braucht man sich nicht zu wundern, dass die Bevölkerung im Landkreis abnimmt!

- Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen forcieren und dabei auch an die Unterstützung für bedürftige Kinder denken. Denn diese sind die Zukunft

- Kein Schuldenabbau auf Kosten der Mitarbeiter/-innen des Landkreises, wie z. B. die unsägliche Gründung der Servicegesellschaften oder den vermehrten Einsatz von „1 Euro Jobblern“. Das war übrigens der Hauptgrund, warum die LINKEN das Thema „Option“ abgelehnt haben, denn da wäre die Versuchung unsagbar größer, freiwerdende Stellen durch „1 Euro“ Programme zu besetzen, wie die Erfahrung von anderen „Optionskommunen“ zeigt. Es ist ja dann nicht so gekommen. Wochenlang wurde auf einen eingeredet – Stundenlang dann in der Sitzung – Die LINKEN hatten zu diesen Thema plötzlich so viele Informationen! Wenn zu allen anderen Themen nur halb so viele Unterlagen vor jeder Sitzung zu bekommen wären, könnten die Kreisräte auch richtig gut informiert in eine Sitzung gehen.

Kreisrat Dr. Hiller äußert sich für die Kreistagsgruppe der FDP. Seiner Ansicht nach liegt mit dem Kreishaushalt 2011 ein wirtschaftlicher und sparsamer Kreishaushalt vor. Deshalb bedanke ich mich bei allen Beteiligten in der Verwaltung für die engagierte Mitwirkung am Zahlenwerk.

Zum einen fallen die Verschlechterungen auf. Die Bezirksumlage steigt um 2,4 Punkte, also rund 1,7 Mill. EUR. Die Umlagekraft sinkt in diesem und im kommenden Jahr. Zudem sinkt auch noch die Schlüsselzuweisung um 622.000 €. Kreisrat Dr. Hiller spricht sich für eine Veränderung der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sowie eine Neuordnung des Finanzausgleichs aus. Dieser muss dauerhaft kommunalfreundlich gestaltet werden. Auch die Finanzausstattung der Bezirke darf nicht nur zu Lasten der Landkreise und damit der Kommunen geregelt werden. Der Freistaat Bayern muss hier seiner Verantwortung gemäß dem FAG (Finanzausgleichsgesetz) gerecht werden.

Aber der Landkreis hat auch die großen anstehenden und z.T. begonnenen Investitionsmaßnahmen, v.a. für den Ausbau und Erhalt von Schulen - die Sanierungen der Realschule und des Gymnasiums in Gerolzhofen- zu schultern. Es sind wichtige Investitionen in die Zukunft -. Sie kommen den nachfolgenden Generationen zu Gute, denn Bildung ist Zukunftsaufgabe der Gesellschaft. Und weil dies so ist, habe man hier auch die Weichen für eine

neue Realschule gestellt Weitere Investitionen sind im Neubau der Kreisstraßen vorgesehen. Es bleibt zu hoffen, daß das frostige Winterwetter nicht einen Strich durch die Rechnung macht. Wenn der Frost zurück geht, kommt die Schlaglochpistensaison auf den Landkreis zu. Die notwendigen Ausbesserungsarbeiten werden einiges kosten.

Erfreuliche ist die „Nullrunde“ bei der Kreisumlage - und das, obwohl die Bezirksumlage erhöht wurde. Somit bleiben den Gemeinden Eigenmittel für eigene Investitionen erhalten. Auch in diesem Jahr liegt wieder ein Haushalt vor, der ohne Neuverschuldung auskommt, vielmehr mit einem konsequenten weiteren Schuldenabbau um 4,3 Mio. €. Die freut die Liberalen besonders, denn ein konsequenter Schuldenabbau schafft wieder mehr finanziellen Spielraum in der Zukunft. Jeder Euro Schuldenabbau bedeutet ein weniger an finanziellen Aufwendungen, an deutlich reduzierten Schuldendienstleistungen und stärkt damit die Investitionsfähigkeit. Dies kommt dem Landkreis und seinen Umlagezahlern letztendlich wieder zu Gute.

Weiterhin freut sich Kreisrat Dr. Hiller, dass sich das Kreis- und Pflegeheim Werneck 2011 selbst trägt. Dies ist der Lohn der Bemühungen der letzten Jahre diese Einrichtung „wettbewerbsfähig“ zu machen. Auch der Rückgang der Aufwendungen aufgrund der positiven Entwicklung in den Bereichen Sozialhilfe und SGB XI (Grundsicherung für die Arbeitssuchenden) ist positiv zu werten. Diese Entwicklung ist insbesondere auch der verbesserten Arbeitsmarktsituation im Landkreis geschuldet.

Zum Schluss gilt der Dank der FDP nochmals Herrn Schraut und seinem Team für die, wie immer übersichtlich und verständlich vorbereiteten Unterlagen. So ist ein solider Haushalt entstanden, der sich durch Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auszeichnet. Ein besonderer Dank auch für das von Ihnen initiierte Projekt „Haushaltsverbesserung“, welches man gespannt weiterverfolgen wird. Die liberalen Kreisräte stimmen dem Haushalt für 2011 zu.

Für die Kreistagsgruppe der Republikaner ist Kreisrat Lorz der Auffassung, dass dem Kämmerer in 2011 abermals ein gutes Werk gelungen sei. Man könne auf gute Zahlen blicken und braucht sich als Landkreis im Vergleich nicht zu verstecken. Allerdings müsse die Zukunft im Blick behalten werden, den die sinkende Finanzkraft der Gemeinden wird in den Folgejahren auch dem Landkreis große Probleme bereiten, deshalb ist es sinnvoll, bereits jetzt Vorsorge zu treffen.

Kreisrat Lorz möchte besonders auf die Diskussionen um die GEOEMD und das KAPH eingehen. Bestreben des Kreistages muß es sein, diese Einrichtungen in einem guten Licht da-

stehen zu lassen. Die aktuellen Diskussionen machen deshalb sehr betroffen zudem hier viele Unwahrheiten verbreitet werden. Er ruft dazu auf, wieder sich dem Tagesgeschäft zuzuwenden und ggf. vorhandene Meinungsverschiedenheiten persönlich und nicht über die Medien auszutragen.

Die Ausführungen zum KKW durch Fraktionssprecher Rachle weist Kreisrat Lorz ausdrücklich zurück, vielmehr müsse man bedenken, daß dies auch Wirtschaftskraft in den Landkreis bringe.

Grundsätzlich bescheinigt Kreisrat Lorz dem Haushalt eine sehr gute Substanz und wird mit seinem Kollegen seitens der Republikaner zustimmen.

Nach kurzer, weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende den zu den Haushaltsberatungen gestellten Einzelantrag von Bündnis90/Grüne behandeln. Es wurde beantragt:

*„Der Landkreis Schweinfurt erklärt sich bereit, im Haushaltsjahr 2011 dem Verein „Frauen helfen Frauen“, seinen Anteil an dem Erhöhungsbetrag der Förderung des Freistaats Bayern für das Frauenhaus und die Anlaufstelle sexuelle Gewalt Schweinfurt, nicht als Einnahme anzurechnen und damit dem Trägerverein zu belassen“*

Als Begründung wird angefügt, daß von Gewalt betroffene Frauen in Frauenhäusern und Anlaufstellen Schutz, Zuflucht und professionelle Hilfe finden. Vielen Frauen wäre ohne diese Hilfe der erste Schritt aus der Gewaltspirale nicht möglich. Diese wertvolle Aufgabe braucht Anerkennung und Finanzsicherheit. Der Freistaat Bayern hat seine anteilige Kostenförderung für die Frauenhäuser und Anlaufstellen nach 17 Jahren erstmalig um 13 Prozent erhöht. Für das Frauenhaus Schweinfurt handelt es sich um 3.760 Euro und die Anlaufstelle um 2.350 Euro jährlich. Diese Erhöhung trägt jedoch leider nur die allgemeine Kostensteigerung der letzten Jahre.

Frau Ministerin Haderthauer verleiht in einem Brief an den Bayrischen Städtetag ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die kommunalen Zuschüsse auch weiterhin in voller Höhe an die Frauenhäuser und Notrufe ausgezahlt werden und nicht um den bayrischen Zuschuss gekürzt werden. Leider ist dies jedoch bezüglich des Frauenhauses und der Anlaufstelle in Schweinfurt schon am 01.10.2010 in einer Sitzung des Kreisausschusses geschehen. Es wurde eine Kürzung des Landkreiszuschusses um 1204 Euro beschlossen. Die Mittelerhöhung des Freistaates Bayern sollten die Frauenhäuser und Notrufe auf eine bessere finanzielle Grundlage stellen, dies ist leider mit dem Beschluss des Kreisausschusses nicht geschehen.

Sozialamtsleiter Kaffer erläutert seine Aussagen, die bereits in der Kreisausschußsitzung im Oktober 2010 getroffen worden sind nochmals und plädiert seitens der Verwaltung auf Ablehnung dieses Antrages. Der Zuschuss des Freistaats Bayern ist nach der örtlichen Frauenhausvereinbarung in der jeweils gültigen vollen Höhe als Einnahme bei der Berechnung der kommunalen Zuschüsse abzusetzen. Die Kommunen tragen damit die Kosten, die nicht durch staatliche Mittel oder den Eigenanteil des Trägers gedeckt sind. Die geltenden Verträge sehen also eine klare Regelung für den Fall einer Erhöhung staatlicher Zuschüsse vor, nämlich deren Anrechnung auf den kommunalen Zuschuss.

Ein Grund für ein Abweichen von dieser Praxis ist vorliegend auch nicht ersichtlich, da Kostensteigerungen – wie der Landkreistag ausführt – seit geraumer Zeit allein von den Kommunen getragen wurden und es daher gerechtfertigt erscheint, dass die jetzige staatliche Erhöhung – nicht zuletzt aus haushaltspolitischen Erwägungen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – zur Dämpfung des kommunalen Zuschusses verwandt wird.

Hierbei ist klarzustellen, dass mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise keine Verringerung der Zuschüsse an den Trägerverein verbunden ist, sondern die kostentragenden Kommunen vielmehr wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft entsprechend der geltenden Verträge beim Frauenhaus Kostensteigerungen auffangen, indem sie bei ihren jährlichen Abrechnungen etwaige tarifliche Steigerungen bei den Personalkosten gemäß TVöD sowie bei den anderweitigen förderfähigen Kosten die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten berücksichtigen.

Kreisrätin Röder als Antragstellerin verweist nochmals auf die Bitte von Staatsministerin Hadertauer, nicht anzurechnen. Kreisrätin Bieber kündigt für die SPD an, den Antrag zu unterstützen, da das Frauenhaus jedes Jahr Defizite hat.

Fraktionsvorsitzender Arnold ist der Auffassung, daß das Frauenhaus aufgrund der vertraglichen Regelung Rechtssicherheit hat, jedoch auch hinsichtlich anderer, geförderter Projekte der Grundsatz, daß „Verträge einzuhalten sind“ auch hier gelten muß.

Fraktionsvorsitzender Seifert signalisiert Zustimmung seitens der FW-Fraktion, sofern eine ausdrückliche Beschränkung der Nichtanrechnung auf 2011 erfolgt.

Nach weiterer, kontroverser Diskussion zu diesem Punkt lässt der Vorsitzende abstimmen.

## **BESCHLUSS**

1. Antrag Fraktion Bündnis90/Grüne: „Der Landkreis Schweinfurt erklärt sich bereit, im Haushaltsjahr 2011 dem Verein „Frauen helfen Frauen“, seinen Anteil an dem Erhöhungsbetrag der Förderung des Freistaats Bayern für das Frauenhaus und die Anlaufstelle sexuelle Gewalt Schweinfurt, nicht als Einnahme anzurechnen und damit dem Trägerverein zu belassen.“ (140)

Der Beschluß ergeht mit 21 : 33 Stimmen, der Antrag ist damit abgelehnt.

2. „Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 samt ihren Anlagen.“ (141)

Der Beschluß ergeht mit 48 : 6 Stimmen.

3. „Der Kreistag genehmigt den Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014.“ (142)

Der Beschluß ergeht mit 52 : 2 Stimmen.

4. „Der Kreistag genehmigt die Stellenpläne des Landkreises Schweinfurt für das Haushaltsjahr 2011 in der von der Verwaltung vorgelegten Form.“ (143)

Der Beschluß ergeht mit 52 : 2 Stimmen.

5. „Der Kreistag genehmigt folgende Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2011:

- Wirtschaftsplan Sondervermögen Abfallwirtschaft I (Betrieb)
- Wirtschaftsplan Sondervermögen Abfallwirtschaft II (Finanzierung)
- Wirtschaftsplan Sondervermögen KAPH Werneck
- Wirtschaftsplan Sondervermögen Kreiskrankenhaus Gerolzhofen (144)

Der Beschluß ergeht mit 54 : 0 Stimmen.

Ein Mitglied des Kreistags war bei den Abstimmungen nicht anwesend.

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011  
im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beschluß-Nr. 145**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

#### **Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2008 und Erteilung der Entlastung**

#### **SACHVERHALT**

Das Kreisrechnungsprüfungsamt sowie der Rechnungsprüfungsausschuss haben den Jahresabschluss 2008 geprüft. Der Jahresabschluss schließt mit einem Überschuss in der Ergebnisrechnung von 1.578.696,13 € und einer Bilanzsumme von 146.316.313,90 €.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Jahresabschluss 2008 gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festzustellen. Die Prüfung hat keine Unstimmigkeiten ergeben, die noch aufzuklären wären. Gründe, die gegen eine Entlastung der Verwaltung sprechen, waren für den Rechnungsprüfungsausschuss nicht ersichtlich.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss von 1.578.696,13 € gemäß § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Ergebnisrücklage zuzuführen.

#### **OHNE DISKUSSION**

#### **BESCHLUSS**

1. Der Kreistag stellt den Jahresabschluss des Landkreises Schweinfurt für das Jahre 2008 mit einem Überschuss in der Ergebnisrechnung von 1.578.696,13 € und einer Bilanzsumme von 146.316.313,90 € auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses gem. Art. 88 Abs. 3 LkrO fest.

2. Der Kreistag erteilt der Verwaltung Entlastung für das Jahr 2008 gem. Art. 88 Abs. 3 LkrO.
3. Der Kreistag beschließt, den Jahresüberschuss von 1.578.696,13 € gemäß § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011  
im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beschluß-Nr. 146**

Abstimmungsergebnis: Ohne

**Antrag der Kreistagsgruppe der LINKEN auf Erarbeitung eines langfristiges Klimaschutz- und Energiekonzept für den Landkreis Schweinfurt**

### **SACHVERHALT und DISKUSSION**

Durch die Kreistagsgruppe der LINKEN wird beantragt

*„Der Kreistag möge beschließen, dass bis zur Kreistagssitzung im Oktober 2011 ein langfristiges Klimaschutz- und Energiekonzept für den Landkreis Schweinfurt durch die Verwaltung in Verbindung mit der bestehenden Energieagentur zu erarbeiten und durch den Kreistag zu beraten und zu bestätigen ist.*

Das zu erarbeitende langfristige Konzept sollte die Aufgaben und Zielstellungen bis zum Jahr 2020 für den Landkreis beinhalten.

Gleichzeitig beantragen wir bis zur Kreistagssitzung im Juli 2011 die Erarbeitung einer umfassenden Analyse des gegenwärtigen Standes von Energiegewinnung und – verbrauchs im Landkreis Schweinfurt.“

Als Begründung wird angeführt, daß die Bundesregierung hat in internationalen Gremien bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus anspruchsvolle Zielstellungen im Punkt Klimaschutz vorgegeben. So soll z.B. der Anteil der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch des Landes bis zum Jahr 2020 20 % betragen. Diese hohen Zielstellungen können aber nur in Verbindung und durch die Mitarbeit aller Regionen des Landes erreicht werden. Also ist hier der Landkreis Schweinfurt ebenfalls in die Pflicht genommen. Der Landkreis Schweinfurt besitzt bis zum heutigen Tag noch kein langfristiges Klimaschutz- und Energiekonzept, wie das schon in vielen anderen Landkreisen der Fall ist.

Ziel eines solchen Konzeptes sollte es sein, von der zentralen Energiegewinnung zu Gunsten des Ausbaus erneuerbarer Energieträger weg zu kommen, sowie CO<sub>2</sub> Emissionen planmäßig und schrittweise herunter zu fahren. Dabei muß das Hauptaugenmerk sowohl auf Möglichkeiten der Energieeinsparung sowie auf Möglichkeiten der Preisreduzierung für die Bevölkerung des Landkreises legen. Weiterhin besteht damit die langfristige Planung von Möglichkeiten des energetischen Umrüstens von kreiseigenen Gebäuden und Einrichtungen.

Dr Erhard Rückert von der Energieagentur Schweinfurter Land (EASL) erläutert, daß bereits im Rahmen der LAG Schweinfurt seit ca. 1 ½ Jahren eine sog. Energiepotentialanalyse auf den Weg gebracht wurde. Diese umfasse nicht nur die angeführte Fragestellung sondern gehe weit darüber hinaus.

Der Vorsitzende ergänzt, daß diese Analyse sich allerdings verzögert, weil Zuschusszusagen zurückgenommen worden seien. Daher müsse man das Konzept umstellen, ist jedoch derzeit auf gutem Wege. Er fragt, ob der Antrag damit zurückgenommen werden könne.

Kreisrätin Strobel als Antragstellerin möchte die Analyse nach Fertigstellung zu Kenntnis bekommen um über die Konzeption zu diskutieren. Der Vorsitzende sagt dies zu.

**OHNE BESCHLUSS**

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011  
im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beschluß-Nr. 147-148**

Abstimmungsergebnis:

Beide einstimmig

#### **Photovoltaik**

- a) Antrag der Fraktion Bündnis90/Grüne zur Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Derleth Realschule GEO im Zuge der Umbau und Sanierungsmaßnahme (147)
- b) Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Eigenstromproduktion durch den Landkreis mittels Photovoltaik (148)

#### **SACHVERHALT und DISKUSSION**

a) Die Kreistagsfraktion von Bündnis90/Grüne hat den Antrag gestellt, daß die Installation einer Photovoltaikanlage auf das Dach der Derleth Realschule GEO im Zuge der Umbau und Sanierungsmaßnahme erfolgen solle. Der Antrag wurde allen Kreistagsmitgliedern mit der Einladung zugesandt.

Im Einzelnen möge der Kreistag beschließen:

Das Dach der Realschule in GEO wird auf die Eignung für die Nutzung von Solarenergie überprüft, in den Bereichen, in den die Dachfläche für die Nutzung von Solarenergie geeignet ist, wird eine Photovoltaikanlage installiert.

Als Begründung wird angeführt, daß im Rahmen der Generalsanierung die Baustelleninfrastruktur (Gerüst, Baukran, v.m.) vorhanden sei. Die Maßnahme wäre ein aktiver Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz durch einsparen von CO2 Emissionen. Die Finanzierung erfolgt aus den allgemeinen Haushaltsmitteln, eine Amortisation ist nach etwa 10 -12 Jahren bei einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren gegeben.

Hauptamtsleiter Popp erläutert dem Gremium, daß die Verwaltung sich des Antrages angenommen habe. Wenn eine Anlage installiert werden solle, wäre jetzt der günstigste Zeit-

punkt. Die Verwaltung habe den Antrag aufgegriffen und die Statik der 2100 Quadratmeter umfassenden Dachflächen des gesamten Schulkomplexes überprüfen lassen. Demnach sind 436 Quadratmeter für die Photovoltaik geeignet. Eine Anlage wäre aufgrund dessen mit einer Größe von ca. 55 KW/p zu einem Preis von rund 170 000 € machbar. Hauptamtsleiter Popp hegte aber deutliche Zweifel, dass sich die Anlage mit diesen Investitionskosten unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wirtschaftlich.

Herr Zink von Ingenieurbüro Zink aus Höchberg, der die Planungen bezüglich der Realschule Gerolzhofen durchführt, gibt noch einige nähere technische Erläuterungen bezüglich der Statik und der zugehörigen Dachflächen.

Anschließend ergibt sich ein heftiger Disput zwischen Fraktionssprecher Rachle und dem Vorsitzenden. Fraktionssprecher Rachle äußert, daß die Verwaltung den Prüfungsauftrag, den der Antrag seiner Fraktion beinhalte, bereits vorweggenommen habe, zumal der Hauptamtsleiter Popp auch noch einen Vertreter des Planungsbüros mitgebracht hatte, der die Details der Dachflächen erläuterte. Im übrigen müsse man hinsichtlich der genannten Unwirtschaftlichkeit auch Farbe bekennen, ob man mit einer solchen Anlage auch ein politisches Signal setzen wolle. Auch die Flächenberechnung erscheint unrealistisch, da man auch Norddächer mit Photovoltaik belegen könne.

Der Vorsitzende entgegnet, daß man doch der Verwaltung positiv anrechnen solle, daß diese nicht nur auf den Auftrag gewartet habe sondern in kurzer Zeit sich kundig gemacht habe und die Resultate vortrage. Außerdem wäre Bündnis90/Grüne viel zu spät dran, da die Beschlüsse zum Umbau der Schule seien längst im Kreisausschuss gefasst seien, eine Photovoltaikanlage nicht vorgesehen.

Fraktionsvorsitzender Arnold warnt davor, daß der Landkreis kein Energieunternehmen sei.

Fraktionsvorsitzender Bräuer regt an, das Dach zu verpachten, ggf. könnte auch eine Bürgergesellschaft hier tätig werden.

Nach weiterer kurzer Diskussion kommt, auch ob des Antrages der FW, der Kreistag überein, die Thematik an den Kreisausschuss zur weiteren Behandlung zu verweisen.

b) Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat den Antrag gestellt, daß die Landkreisverwaltung beauftragt wird, bis zum vierten Quartal 2011 eine Aufstellung im Kreistag vorzulegen, aus der hervorgeht, welche Landkreisimmobilien statisch und einstrahlungsfrei für den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach geeignet sind. Ebenso sind die Baukosten und die

Leistungsfähigkeit der Anlagen zu ermitteln.

Als Begründung wird ausgeführt, daß im Eigentum des Landkreises Schweinfurt viele Immobilien stehen, deren Dächer augenscheinlich für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet erscheinen (z.B. der Kreisbauhof in Niederwerrn). Mit möglichst vielen Anlagen könnte "eigener Strom" erzeugt und selbst genutzt werden. Strom, der nicht gekauft wird, muss von den Energiekonzernen nicht produziert und vom Landkreis nicht bezahlt werden. Auch eine glaubwürdige Vorbildfunktion der Kreispolitik im Hinblick auf nachhaltige Energiewirtschaft und Schonung der endlichen Ressourcen würde dem öffentlichen Ansehen zuträglich sein.

Der Vorsitzende äußert, daß der Landkreis bereits vielfach tätig ist, hier seien stellvertretende die Altdeponie Bergrheinfeld, Dach der Biovergärungsanlage aber auch Dach des Landratsamtsgebäudes genannt. Der Kreis ist hier sicherlich nicht untätig und, wenn nicht selbst, ist er Pachtangeboten aufgeschlossen.

Da die Thematik ähnlich wie der TOP „Energiekonzept“ bzw. „Photovoltaik am Schulzentrum Gerolzhofen“ ist, schlägt der Vorsitzende die Verschiebung und ausführliche Behandlung im zuständigen Kreisausschuß vor, der hier auch Grundsätzliches feststellen kann.

## **BESCHLUSS**

Die Anträge werden an den Kreisausschuß zur weiteren Behandlung verwiesen.

Der Beschluß ergeht einstimmig.

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. Sitzung des Kreistages**

am Freitag, 25. Februar 2011  
im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt

**Beschluß-Nr. 149**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**Antrag der Fraktion der Freien Wähler zum Ratsinformationssystem**

#### **SACHVERHALT und DISKUSSION**

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat den Antrag gestellt, daß die Landkreisverwaltung beauftragt wird, ab sofort mit den Sitzungsladungen auch die Beschlussvorschläge zu versenden. Gleichzeitig soll ein Ratsinformationssystem beschafft und spätestens zum 1. Juli 2011 nutzerbereit sein. Die entsprechenden und schon bekannten Kosten werden im Haushalt 2011 eingestellt. Der Antrag wurde allen Kreistagsmitgliedern mit der Einladung zugesandt.

Begründet wird der Antrag dahingehend, daß das ehrenamtliche Engagement für ein Mitglied des Kreistages vielseitig, anspruchsvoll und für Ausschussmitglieder gelegentlich auch sehr zeitaufwendig sei. So gilt es nicht selten, strategisch weit reichende und kostenintensive Entscheidungen zu treffen, die eine von der Öffentlichkeit zu Recht eingeforderte große Verantwortung mit sich bringen. Letztendlich sollen die Mitglieder der Kreisgremien ja auch das Vertrauen und den Wählerauftrag rechtfertigen und bestätigen. Um all dem "mit reinem Gewissen" nachkommen zu können ist es unerlässlich, dass im Vorfeld von Sitzungen möglichst viele - bestenfalls alle - Informationen, die zu einer Abwägung und Beratung notwendig sind, von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Nur mit Vermutungen sind sachbezogene Fraktionssitzungen eigentlich überflüssige und verlorene Freizeiten.

Seitens der Verwaltung erläutert Herr Benz, daß bereits in der Kreistagssitzung vom 29.11.2010 ein Zwischenbericht abgegeben wurde. Für das Jahr 2011 wurde folgender Ausblick gegeben:

Vsl. weiterer Ablauf

- 1. Quartal 2011: Rechtssammlung
- 3. Quartal 2011: Einrichten geschützter Bereiche

- parallel Installation einer „Volltextsuche“ zum Filtern von Informationen
- parallel: Verbesserung und Optimierung des Layout u.a. auch bei der Darstellung der Kreisräte

Mit den Einladungen werden bereits jetzt Sachverhalte nebst Beschlußvorlagen zu den öffentlichen Tagesordnungspunkten versandt, sofern diese zum Zeitpunkt der Ladung bereits vorliegen. Teilweise ist dies jedoch nicht der Fall, da die zu behandelnden Themen zu diesem Zeitpunkt zwar bekannt, jedoch noch nicht so weit gediehen, als daß dies in Form eines Beschlußvorschlages mitgeteilt werden kann. Diese Themen sind für die Sitzungen stets so vorgeplant, daß Beschlußvorschläge zu den Sitzungen im Zuge einer möglichst zeitnahen und aktuellen Berichterstattung vorliegen. Zur nichtöffentlichen Sitzung ist die Verwaltung gehalten keine Unterlagen oder Beschlußvorlagen mitzuversenden.

Wie bereits in der vorhergehenden Sitzung ausgeführt, bemüht sich die Verwaltung, ein eigenes, auf die hier notwendigen Bedürfnisse zugeschnittenes, Konzept aufzubauen. Das dies Zeit in Anspruch nimmt, wurde ebenfalls erläutert. Dies deshalb, da die der Verwaltung zugegangenen Kostenvoranschläge sich auf einen Bereich von 8.000 € bis 70.000 € belaufen, wobei auch festzustellen war, daß je günstiger die Software in der Investition, desto teurer der monatliche, verpflichtende Wartungsvertrag uns gekommen wäre. Bei dem in der Anschaffung günstigstem Programm hätten diese sich auf einen dreistelligen monatlichen Betrag belaufen.

Im Haushalt sind Kosten bis zu einem Betrag von 15.000 € zur Anschaffung eines solchen Programms eingestellt (siehe HH-Plan, S.50, lfd. Nr. 14), Sollte eine Einführung eines RIS zum 01.07 beschlossen werden, so wird die Verwaltung aus Zeitgründen um den Kauf eines fertigen Produktes nicht umhin kommen. Allerdings auch die eingeplanten Kosten nebst monatlichen Wartungsgebühren bezahlen müssen.

Fraktionsvorsitzender Seifert bekräftigt, daß es ihm nicht auf den 01.07 ankommt, er allerdings ob der langen Zeit auf ein konkretes Datum hier pocht.

Nach kurzer Diskussion kommen die Mitglieder des Kreistages überein, als Datum statt dem 01.07, dem 30.09 anzunehmen. Der Antrag wird insoweit seitens des Antragstellers geändert.

**BESCHLUSS**

Dem Antrag der FW-Fraktion in der geänderten Form wird zugestimmt.

Der Beschluß ergeht einstimmig.

## **NIEDERSCHRIFT**

über die

### **12. öffentliche Sitzung des Kreistages**

**am Freitag, 25. Februar 2011  
im Sitzungssaal des Landratsamtes Schweinfurt**

**Beschluß-Nr. 150-151**

Abstimmungsergebnis: Ohne

#### **Verschiedenes**

a) Umgangston (150)

Kreisrätin Bieber bemängelt den Umgangston anlässlich des TOP 6 seitens Dr. Rückert hinsichtlich der Antragstellerin. Dies wäre gegenüber Mitgliedern des Kreistags unangemessen. Der Vorsitzende sicherte zu, daß er mit Dr.Rückert sprechen werde.

b) Radwege (151)

Kreisrat Pohli möchte den Bauhof ermuntern, zukünftig die Bankette an den Radwegen nur einmal jährlich zum Ende der „Radsaison“ abzumähen um zum einen der Natur Ausbreitungsmöglichkeiten zu belassen, zum anderen den Radtouristen einen schönen Anblick mit blühenden Blumen zu geben.

Nachdem unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ keine weiteren Anmeldungen eingegangen sind, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Die Sitzung endet um 12.40 Uhr

.....  
L e i t h e r e r, Landrat

.....  
B e n z, Protokollführer